



Deutscher Motorschirm-Verband e.V. (DMSV) - German Paramotoring Association (GPMA)

Fachverband der Motorschirmflieger und motorisierten Hängegleiterpiloten
in der Bundesrepublik Deutschland

Satzung

Fassung vom 12.05.2007

§ 1. Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen "Deutscher Motorschirm-Verband e.V. (DMSV) - German Paramotoring Association (GPMA), Fachverband der Motorschirmflieger und motorisierten Hängegleiterpiloten in der Bundesrepublik Deutschland".
2. Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Nürnberg eingetragen. Sitz des Vereins ist somit Nürnberg. Die Geschäftsstelle wird vom Vorstand festgelegt.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2. Gemeinnützigkeit, Zweck, Ziele und Aufgaben

1. Der DMSV verfolgt selbstlos ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der steuerlichen Vorschriften.
Der Verein fördert nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke, z. B. gewerbliche Zwecke oder sonstige Erwerbszwecke, und verwendet seine Mittel nur für die satzungsmäßigen Zwecke, wobei dies grundsätzlich auch zeitnah geschieht. Die Mitglieder erhalten grundsätzlich keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
Der Verein verfolgt nur seine steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke.
Der Verein verwirklicht seine steuerbegünstigten satzungsmäßigen Zwecke grundsätzlich selbst.
2. Vereinszweck ist die Förderung des Fliegens mit Motorschirmen und motorisierten Hängegleitern in Deutschland und darüber hinaus. Dies ist insbesondere das Fliegen von mit Rucksackmotor oder Trike ausgerüstetem Gleitsegeln (Gleitschirm oder Fallschirm) und Fliegen mit Hängegleitern mit einem nicht fest mit dem Luftfahrzeug verbundenen Motor.
3. Ziele sind:
 - 3.1. Die Vertretung der Interessen seiner Mitglieder gegenüber Dritten, insbesondere auch gegenüber in- und ausländischen Behörden und ihrer Beauftragten.
 - 3.2. Die Erlangung einer Beauftragung nach § 2 der "Verordnung zur Beauftragung von Luftsportverbänden (BeauftrV)" vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2111), vor Satzungserstellung zuletzt geändert durch die Verordnung vom 1. Okt. 2001 (BGBl. I S. 2638), vorrangig für die Wahrnehmung der folgenden öffentlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Benutzung des Luftraums durch Motorschirme und motorisierte Hängegleiter:
 - a. Erteilung der Erlaubnisse und Berechtigungen für das Luftfahrtpersonal dieser Luftsportgeräte
 - b. Erteilung der Erlaubnisse für die Ausbildung dieses Luftfahrtpersonals
 - c. Erteilung der Erlaubnisse zum Starten und Landen mit diesen Luftsportgeräten außerhalb der genehmigten Flugplätze (§ 25 Luftverkehrsgesetz)
 - d. Mitwirkung als Fachbeauftragter bei der Erteilung der Erlaubnisse zum Starten und Landen mit diesen Luftsportgeräten auf genehmigten Flugplätzen (§ 6 Luftverkehrsgesetz)
 - e. Aufsicht über den Betrieb von Motorschirmen und motorisierten Hängegleitern auf Flugplätzen und Geländen.
 - f. Erteilung der Muster- und Verkehrszulassung für ein- und zweiseitige Motorschirme und Hängegleiter mit einem nicht fest mit dem Luftfahrzeug verbundenen Motor und mit einer höchstzulässigen Leermasse von über 120 Kilogramm einschließlich Gurtzeug und Rettungsgerät sowie für Motorschirme, bei denen der Motor als fest mit dem Luftfahrzeug verbunden gilt.
 - g. Erhebung von Kosten nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung in der jeweils gültigen Fassung.

- 3.3. Durchführung und/oder Mitwirkung bei der Musterprüfung nicht zulassungspflichtigen Luftfahrtgeräts gem. § 10a LuftGerPV.
- 3.4. Eine kollegiale und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit anderen beauftragten Luftsportverbänden soweit dies praktische Überschneidungen aller Art bei Beauftragung, Sportgeräten, Piloten, Flugplätzen und Geländen und beim Fliegen selbst als sinnvoll erscheinen lassen.
- 3.5. Funktion als kompetenter fachlicher Berater und Ansprechpartner für Mitglieder und Dritte, insbesondere auch Behörden, bei allen Angelegenheiten des Flugsports mit Motorschirmen und motorisierten Hängegleitern.
- 3.6. Die Mitwirkung sowohl bei der Anhebung der Sicherheit als auch bei event. Änderungen und Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen im und für den Flugsport mit Motorschirmen und motorisierten Hängegleitern insgesamt sowie Übernahme dabei ggf. in Zukunft geschaffener neuer Aufgaben im Sinne der entsprechend Sporttreibenden.
- 3.7. Die Ausrichtung von Wettkämpfen und Meisterschaften im Motorschirmfliegen und motorisierten Hängegleiterfliegen.
- 3.8. Die Vermittlung günstiger Flugsport-Versicherungen.

§ 3. Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Deutschen Motorschirm-Verbandes e.V. können ausschließlich natürliche Personen und im Vereinsregister eingetragene Flugsportvereine werden, die das Fliegen mit Motorschirmen und/oder motorisierten Hängegleitern betreiben. Dies können bspw. auch Gleitschirmvereine oder andere Flugsportvereine mit Motorschirmsparte und/oder Sparte motorisierter Hängegleiter sein.

Vereine werden "Mitgliedsvereine", natürliche Personen "Einzelmitglieder".

2. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist ferner, daß die Mitglieder über die Bereitschaft sowie die technischen und praktischen Möglichkeiten zu elektronischem Schriftverkehr und zur Teilnahme an Online-Mitgliederversammlungen verfügen und sie auch im Falle einer späteren eventuellen temporären Unzugänglichkeit dieser Dienste die Gültigkeit entsprechender in dieser Zeit dann ggf. auch ohne sie gefaßten Beschlüsse der Online-Mitgliederversammlungen dennoch akzeptieren, sofern diese den weiteren entsprechenden Satzungsbestimmungen entsprechen.
3. Die Mitgliedschaft ist schriftlich zu beantragen. Der Antragstellung ist die Erklärung beizufügen, daß der Teilnahme am elektronischen Schriftverkehr (vorwiegend per e-Mail) sowie an Online-Mitgliederversammlungen keine technischen und/oder tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen. Neben der realen Adresse ist eine gültige Emailadresse, ggf. möglichst auch eine Faxnummer anzugeben.
4. Über die Aufnahme eines Neumitglieds entscheidet der Vorstand. Die Benachrichtigung des Antragstellers über die Aufnahme als Mitglied erfolgt durch Aushändigung einer Mitgliedskarte oder durch ein entsprechendes Schreiben.
Eine event. Ablehnung des Aufnahmeantrags ist dem um Aufnahme Nachsuchenden grundsätzlich ohne Angabe von Gründen mitzuteilen.
5. Die Mitgliedschaft endet unbeschadet event. Forderungen des Verbandes gegen das Mitglied sowie ohne Begründung eines Beitragsrückerstattungsanspruchs.

a) durch Austritt. Die Mitgliedschaft kann durch schriftliche Austrittserklärung unter Wahrung einer zweimonatigen Frist jeweils zum Ablauf des 31. Dezember beendet werden.

b) mit sofortiger Wirkung durch Ausschluß. Der Ausschluß wird per Einschreiben mitgeteilt. Für die Wirksamkeit eines Ausschlusses ist die Mitteilung an das betroffene Mitglied grundsätzlich allerdings ohne Belang.

Ausschlußgründe können u.a. Satzungsverstöße, Verstöße gegen Beschlüsse der Mitgliederversammlung, vereinsschädigendes Verhalten, rückständige Beitragszahlungen sowie offensichtliches Desinteresse am Verein, z.B. durch Nichtbeteiligung an essentiellen Vereinsentscheidungen (Abstimmungen nach § 11 und § 12), sein.

Über den Ausschluß beschließt die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit oder der Vorstand. Bei Ausschluß durch Vorstandsentscheidung sind die Gründe der nächsten Mitgliederversammlung darzulegen. Unter einem separaten Tagungsordnungspunkt stimmt diese über den Ausschluß ab. Mißbilligt die einfache Mehrheit der Einzelmitglieder des Vereins den Ausschluß, so ist die Mitgliedschaft wiederhergestellt.

Ein Ausschluß eines Vorstandsmitglieds ist nicht möglich.

c) durch Tod oder Beendigung der Liquidation oder vollständiger Vermögensaufteilung im Insolvenzverfahren.

6. Einzelmitglieder sind bei jeweils identischen Rechten entweder Direktmitglieder oder Vereinsmitglieder.
 - 6.1. Direktmitglieder werden selbst direkt Mitglied des Verbandes und führen die entsprechenden Mitgliedsbeiträge unmittelbar an den Verband ab. Eine Kündigung wird ebenfalls an den Verband gerichtet.
 - 6.2. Vereinsmitglieder sind Mitglieder von Mitgliedsvereinen nach § 3/1, die über ihren Verein die Einzelmitgliedschaft beim Verband beantragen und deren Meldung und Beitragsabrechnung über ihren Verein erfolgt.

Eine Kündigung ihrer solchermaßen erworbenen Verbands-Einzelmitgliedschaft muß vom Vereinsmitglied direkt an den Verband gerichtet werden. Verlassen Vereinsmitglieder einen Mitgliedsverein ohne ggf. erneut über einen anderen Mitgliedsverein gemeldet zu werden und kündigen sie ihre Verbandsmitgliedschaft nicht, so werden sie ab Abmeldung durch den Verein als Direktmitglied des Verbandes geführt.

7. Mitgliedsvereine sind zur Beachtung der Verbandsvorschriften und zur vollständigen Meldung aller ihrer den Flugsport mit Motorschirmen und/oder motorisierten Hängegleitern ausübenden Mitglieder verpflichtet. Diese gemeldeten Mitglieder der Mitgliedsvereine sind dann nach Maßgabe § 3/2 als Vereinsmitglieder Einzelmitglieder des Verbandes.

§ 4. Organe

Die Organe des Verbandes sind:

- der Vorstand
- der/die Kassenprüfer
- die Mitgliederversammlung

§ 5. Vorstand

1. Vorstände im Sinne des § 26 BGB sind regulär drei Vorsitzende. Die Mitglieder des Vorstands müssen Verbands-Einzelmitglieder sein.
2. Im Außenverhältnis sind alle Vorsitzenden gerichtlich und außergerichtlich einzeln zur Vertretung des Vereins berechtigt, ihre Vertretungsmacht wird mit Wirkung gegen Dritte allerdings dahingehend beschränkt, daß Rechtsgeschäfte im Umfang von mehr als € 10.000.- nur von 2 Vorsitzenden, von mehr als € 50.000.- nur von allen 3 Vorsitzenden gemeinsam getätigt werden können. Eventuelle Rechtsgeschäfte des Verbandes mit einzelnen Vorsitzenden können in jedem Falle nur von den jeweils beiden anderen gemeinsam wirksam getätigt werden. Weitere Beschränkungen der Vertretungsmacht des Vorstandes oder einzelner Vorsitzender durch die Mitgliederversammlung sind möglich, betreffen jedoch nur das Innenverhältnis.
3. Im Innenverhältnis sollen die 3 Vorsitzenden ihre Aktivitäten untereinander geeignet abstimmen. Über maßgeblichere Vereinsentscheidungen soll eine Abstimmung und ggf. mehrheitliche Beschlußfassung innerhalb des Gesamtvorstandes erfolgen. Hierbei sind alle 3 Vorstände gleichberechtigt. Entsprechende Vorstandsbeschlüsse sind zu dokumentieren.
4. Eine reguläre Vorstandswahl erfolgt durch die Mitgliederversammlung für eine Amtszeit von 2 Jahren. Der Vorstand übergibt nach Ablauf von 2 Jahren seit seiner Wahl die Amtsgeschäfte an den neu gewählten Vorstand. Ist nach 2 Jahren noch kein neuer Vorstand gewählt, so bleibt der alte Vorstand kommissarisch bis zur erfolgten Neuwahl im Amt.
5. Einzelne Vorsitzende oder der gesamte Vorstand können in einer Mitgliederversammlung auch vor Beendigung ihrer regulären Amtszeit von ihrer Funktion entbunden werden. Die Abwahl erfolgt in Form eines konstruktiven Mißtrauensvotums durch Neuwahl eines oder mehrerer neuer Vorstände mit absoluter Mehrheit der Vereinsmitglieder für die restliche Amtszeit. Ein einzelner Vorsitzender kann auch mit nur einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten abgewählt werden, wenn dessen Abwahl auf einen entsprechenden Antrag der anderen beiden Vorsitzenden beruht.
6. Ein Ende der Mitgliedschaft oder ein Rücktritt eines Vorsitzenden hat im Innenverhältnis das sofortige Ende seiner Funktion zur Folge.
7. Bei Ausfall nur eines Vorsitzenden durch Austritt, Rücktritt etc. (mit Ausnahme der Abwahl durch Wahl eines neuen Vorsitzenden) besteht der Vorstand bis zur nächsten regulären Neuwahl vorübergehend aus nur zwei Vorsitzenden.
8. Bei Ausfall von zwei Vorsitzenden durch Austritt, Rücktritt etc. (mit Ausnahme der Abwahl durch Wahl neuer Vorsitzender) beruft der verbleibende Vorsitzende innerhalb von 6 Wochen eine Mitgliederversammlung zur Neuwahl des gesamten Vorstands ein.
9. Bei Ausfall aller drei Vorsitzenden (mit Ausnahme der anders geregelten Abwahl) soll ein Kassenprüfer innerhalb von 6 Wochen eine Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Vorstands einberufen. Unterbleibt dies, so kann dies 7 Wochen nach Ausfall des Vorstands ersatzweise jedes Mitglied. Die Einberufung durch ein Mitglied verhindert weitere Einberufungen durch Mitglieder.

§ 6. Kassenprüfer

1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei oder mehrere Kassenprüfer. Vorstände können nicht gleichzeitig Kassenprüfer sein.
2. Der oder die Kassenprüfer überwachen die Kassenführung und die Verwaltung des Vereinsvermögens im Hinblick auf Stimmigkeit und Satzungstreue. Nach entsprechender Prüfung der Vorgänge einer Amtsperiode geben die Kassenprüfer Empfehlungen zur Entlastung der Vorsitzenden bzw. des Vorstands an die Mitgliederversammlung.
3. Den Kassenprüfern ist vom Vorstand Gelegenheit zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu geben.

§ 7. Mitgliederversammlung

1. Die Angelegenheiten des Vereins werden, soweit sie nicht vom Vorstand oder einem anderen Vereinsorgan zu besorgen sind, durch Beschlußfassung der Einzelmitglieder geordnet. Die Beschlußfassung erfolgt in einer Versammlung der Einzelmitglieder oder im Umlaufverfahren. Die Versammlung der Mitglieder kann auch online erfolgen. Es gelten dann zusätzlich die Bestimmungen des § 8.

Versammlung der Einzelmitglieder:

2. Mitgliederversammlungen müssen auf Antrag eines Zehntels aller Mitglieder (mindestens jedoch von 15 Einzelmitgliedern!) oder zweier Kassenprüfer innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung vom Vorstand einberufen werden. Auch ohne entsprechenden Antrag kann jeder Vorsitzende alleine Mitgliederversammlungen einberufen.
3. Darüber hinaus muß der Vorstand mindestens einmal im Jahr eine Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung mit Kassenbericht und Entlastung des Vorstands) einberufen.
4. Erfolgt trotz ordnungsgemäßen Antrags nach § 7/2 keine Einladung zur Mitgliederversammlung nach § 7/6 oder ist eine Einladung nach § 7/6 nicht möglich, so erfolgt die Einberufung sinngemäß nach § 7/6 durch einen der Kassenprüfer. Ist dies ebenfalls nicht möglich oder erfolgt aus sonstigen Gründen auch dann keine Einladung, so kann die Einberufung sinngemäß durch einen der Antragsteller erfolgen.
5. Hat in einem Jahr keine Jahreshauptversammlung (JHV) stattgefunden und erfolgt auch innerhalb der ersten 4 Kalenderwochen des Folgejahres noch keine Einladung zu einer Jahreshauptversammlung nach § 7/3, so kann innerhalb der folgenden 4 Kalenderwochen ein Kassenprüfer, ersatzweise nach den ersten 8 Kalenderwochen jedes Einzelmitglied eine JHV einberufen, wobei die erste wirksame Einberufung weitere "konkurrierende" Einberufungen verhindert.
6. Die Einberufung von Mitgliederversammlungen muß mindestens 4 Wochen, bei Online-Mitgliederversammlungen 2 Wochen vor dem Versammlungstermin auf elektronischem Wege unter Bekanntgabe des aktuellen Mitgliederstands, der vorläufigen Tagesordnung und ggf. der Internetadresse sowie der Zugangsdaten zur Online-Versammlung erfolgen. Die Einladung gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn sie rechtzeitig an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Emailadresse abgesendet wurde und eine inhaltlich gleiche Veröffentlichung auf der Homepage erfolgte.

Zusätzliche Tagesordnungspunkte müssen mindestens 2 Wochen, bei Online-Mitgliederversammlungen 1 Woche vor dem Versammlungstermin beim Vorstand, in den Fällen der Ersatzeinberufung nach § 7/4 beim einberufenden Kassier oder Mitglied eingegangen sein. Die ergänzende Information über eine entsprechende von der vorläufigen Tagesordnung dann abweichende endgültige Tagesordnung erfolgt entsprechend der Einladung unverzüglich (d.h. innerhalb spätestens 1 Woche vor dem Versammlungstermin, bei Online-Mitgliederversammlungen bis zu 24 Stunden vor dem Versammlungstermin) ebenso auf elektronischem Wege durch den Vorstand oder einberufenden Vorsitzenden bzw. den einberufenden Kassier oder das einberufende Mitglied.

7. Einer der Vorstände bzw. der einberufende Vorstand, der einberufende Kassier oder das einberufende Mitglied, fungiert bei der Mitgliederversammlung grundsätzlich auch als Versammlungsleiter. Im Falle der Einberufung nach § 7/2 ist von der Versammlung auf Antrag und anschließende Zustimmung von mindestens 10 Einzelmitgliedern jedoch ein Versammlungsleiter zu wählen.
8. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens 1/5 der Einzelmitglieder anwesend sind, sofern die Satzung nicht andere Mehrheiten vorschreibt. Ist eine Mitgliederversammlung auf dieser Grundlage beschlußunfähig, so ist eine mit ausdrücklichem Hinweis darauf einberufene Folgemitgliederversammlung zu den selben Tagesordnungspunkten unabhängig von der Anzahl der erschienen Einzelmitglieder beschlußfähig, sofern die Satzung nicht spezielle Verfahren oder Mehrheiten vorschreibt.
9. Bei Abstimmungen entscheidet grundsätzlich die einfache Mehrheit der erschienenen Einzelmitglieder. Mitgliedsvereine als Mitglieder sind nicht stimmberechtigt und müssen ihre Anliegen ggf. über die von ihnen gemeldeten Einzelmitglieder vorbringen. Liegen eindeutige Abstimmungen nicht anwesender Mitglieder zu einzelnen Tagesordnungspunkten in schriftlicher Form mit Unterschrift vor (Ja/Nein-Alternativen), so werden sie in die Abstimmung mit einbezogen. Über die Eindeutigkeit entscheidet der Versammlungsleiter.
10. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist es grundsätzlich erforderlich, daß der Gegenstand, über den eine Abstimmung zwecks Beschlußfassung erfolgt, bei der Berufung nach § 7/6 bezeichnet wird.
11. Auf Antrag finden geheime Abstimmungen statt. Blockwahl ist unzulässig.

Umlaufverfahren:

12. Eine Beschlußfassung der Mitglieder kann auch ohne Versammlung der Mitglieder im Umlaufverfahren erfolgen. Der Beschluß ist gültig, wenn die einfache Mehrheit der Mitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluß schriftlich erklärt. Das Umlaufverfahren wird ausschließlich vom Vorstand verantwortlich durchgeführt.

§ 8. Online-Mitgliederversammlungen

1. Online-Mitgliederversammlungen folgen den Grundsätzen der geschlossenen Benutzergruppe (GBG): Die Kommunikation erfolgt ausschließlich innerhalb der vorher festgelegten Gruppe von Teilnehmern, wobei die Identifizierung der Teilnehmer erfolgen können muss. Technische Weiterentwicklungen, die der Abhaltung von Online-Mitgliederversammlungen förderlich sind, wird möglichst zügig Rechnung getragen.

2. Es findet eine strenge Zugangskontrolle statt: Sämtliche teilnahmeberechtigten Personen erhalten zu diesem Zwecke Zugangsberechtigungsdaten.
3. Die Mitglieder verpflichten sich, die Legitimationsdaten und das Passwort keinem Dritten zugänglich zu machen und unter strengem Verschluss zu halten. Dritten darf nur dann und erst dann die Teilnahme bzw. Mitverfolgung der Online-Versammlung ermöglicht werden, wenn die Versammlung selbst einem entsprechenden ausdrücklichen Wunsch unter Bezeichnung des/der Dritten zustimmt. Gleiches gilt für die Zugänglichmachung event. Mitschnitte oder sonstiger Dokumentationen sowie Teilen davon für Dritte.
4. Während der Online-Mitgliederversammlung sind auch Abstimmungen möglich. Persönliche, nichtgeheime Abstimmungen erfolgen, je nach benutztem neuen Medienmittel bzw. je nach verwendeter Software, entweder in Form namentlicher Äußerungen in einem Forum, bspw. in Teamspeak als nichtanonym gesendeter Text in Form "Send Text Message to Channel", in Form von Emailformularen oder in entsprechender anderer geeigneter Form. Eine anonyme Abstimmung ist beispielsweise durch eine Forumsabstimmung in einem engtsprechend zugangsbeschränkten Forum mittels Forums-Abstimmungsfunktion oder ebenfalls mittels Emailformularen möglich.

Voraussetzung ist in jedem Fall eine geeignete Protokollierbarkeit, Verhinderung doppelter Stimmabgaben und ggf. Gewährleistung der Anonymität. Grundsätzlich gilt § 9 auch für Online-Mitgliederversammlungen, die Protokollierung erfolgt allerdings zusätzlich in Form von geeigneten Computer-Logfiles der Online-Versammlung, Screenshots etc. die in Papierform zu unterzeichnen sind und dem eigentlichen Protokoll als Anlagen beigefügt werden.

§ 9. Beurkundung von Beschlüssen

1. Die Dokumentation und Beurkundung von Beschlüssen der Mitgliederversammlungen erfolgt durch die Führung von Beschlußbüchern. Sie bestehen aus einer Protokollsammlung der Mitgliederversammlungen und einer Sammlung der im nach § 7/12 im Umlaufverfahren gebilligten Beschlüsse.

Ein Beschlußbuch wird vom Vorstand verwaltet, eine exakte Kopie davon von einem Kassenprüfer. Unabhängig davon werden die wesentlichen Inhalte auch geeignet online dokumentiert.

2. In den Protokollen werden folgende Einzelheiten festgehalten:
 - Ort und Tag der Versammlung
 - Versammlungsleiter und Protokollant
 - Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung
 - Feststellung der Beschlußfähigkeit
 - Anträge, Ergebnisse von Abstimmungen, Wahlen etc.
 - gewählte Personen mit Name und Vorname, Beruf und Anschrift
 - Angaben ob die Wahl angenommen wurde

Als Anlagen werden beigefügt:

- Anwesenheitsliste
 - Einladung zur Mitgliederversammlung mit Tagesordnung
 - alle rechtzeitig zu Abstimmungen vorliegenden Stimmzettel nicht anwesender Mitglieder, die vom Versammlungsleiter nach § 7/9 in die Abstimmung mit einbezogen wurden. Auch ggf. als ungültig gewertete Stimmzettel sind entsprechend zu archivieren.
3. Die Protokolle werden vom Versammlungsleiter und vom Protokollanten zur Bestätigung der Richtigkeit unterschrieben.
 4. Jedes Mitglied hat ein Anrecht auf Einsicht in die Beschlußbücher. Aus praktischen Gründen soll bevorzugt die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Online-Fassung genutzt werden, diese ersetzt allerdings nicht das Recht auf zeitnahe Einsichtnahme auch in eines der beiden Originale.

§ 10. Beiträge

1. Zur Finanzierung seiner satzungsgemäßen Zwecke und zur Deckung der laufenden Unkosten erhebt der Verein Beiträge.
2. Beiträge des kommenden Geschäftsjahres werden von der Mitgliederversammlung festgelegt. Ist die Mitgliederversammlung beschlußunfähig oder werden aus sonstigen Gründen keine Beiträge festgesetzt, so gelten für das kommende Jahr die Beiträge des laufenden Jahres als beschlossen.
3. Der entsprechende Jahresbeitrag gilt in voller Höhe für alle Mitglieder, die am Beginn des Geschäftsjahres Mitglied sind. Für die während des Geschäftsjahres beigetretenen Mitglieder wird der regelmäßige Jahresbeitrag anteilig ab dem 01. des Beitrittsmonats berechnet.

4. Die zum Zeitpunkt des Endes einer Mitgliedschaft bestehenden Beitragsforderungen des Vereins bleiben bestehen. Eine Verjährung setzt frühestens mit diesem Zeitpunkt ein.
5. Für Vereinsmitglieder nach § 3/4.2 ist der meldende Mitgliedsverein zur Beitragszahlung für das Einzelmitglied verpflichtet, sofern nicht bereits aufgrund einer Mehrfachmitgliedschaft des Einzelmitglieds einem anderen Verbands-Mitgliedsverein die Beitragszahlung obliegt.

§ 11. Satzungsänderungen

1. Für Satzungsänderungen ist die Zustimmung von mindestens 3/4 der Gesamtmitgliederzahl erforderlich.
2. Als Zustimmung oder Ablehnung gelten auch eindeutige, unterschriebene schriftliche Erklärungen nicht anwesender Mitglieder. Hierfür ist ausschließlich die Originaleinladung zur Mitgliederversammlung als Stimmzettel zu nutzen, die zum entsprechenden Tagesordnungspunkt eine abstimmungsfähige Formulierung enthalten muß.
3. Ist die beschlußfassende Mitgliederversammlung, ausgehend von der Anzahl der erschienenen Mitglieder und der vorliegenden schriftlichen Abstimmungen, nicht in der Lage die Satzungsänderungen zu beschließen, ist jedoch andererseits aus deren Abstimmungsverhalten nicht eindeutig die Ablehnung der Satzungsänderung abzuleiten, so kann eine zweite Mitgliederversammlung innerhalb der folgenden drei Monate über die selbe Satzungsänderung erneut beschließen. Ist bei dieser Mitgliederversammlung aus dem Abstimmungsverhalten nicht die definitive Ablehnung der Satzungsänderung durch mindestens 1/4 der Gesamtmitgliederzahl ersichtlich, so kann die Mitgliederversammlung die Satzungsänderung mit einfacher Mehrheit der erschienenen Abstimmungsberechtigten annehmen.
4. Änderungen von § 11/4 und § 12 sind nicht möglich, wenn diese Änderungen von 25 oder mehr Mitglieder abgelehnt werden.

§ 12. Auflösung des Vereins

1. Der Verein kann durch Beschluß der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Zu dem Beschluß ist in jedem Fall eine Mehrheit von 3/4 der Gesamtmitgliederzahl erforderlich. Unabhängig davon bleibt der Verein bestehen, wenn 25 oder mehr Mitglieder ihre Zustimmung zur Auflösung verweigern.
2. Als Zustimmung oder Ablehnung gelten auch rechtzeitig zur Abstimmung vorliegende eindeutige, unterschriebene schriftliche Erklärungen nicht anwesender Mitglieder. Hierfür ist ausschließlich die Originaleinladung zur Mitgliederversammlung als Stimmzettel zu nutzen, die zu diesem Tagesordnungspunkt eine entsprechende abstimmungsfähige Formulierung enthalten muß.
3. § 11/3 gilt entsprechend auch bei der Vereinsauflösung. Die Sperrminorität von 25 Mitgliedern wird davon jedoch nicht berührt.
4. Bei Auflösung des Vereins wird das Vereinsvermögen für einen gemeinnützigen Zweck gespendet, der von der auflösenden Mitgliederversammlung näher bestimmt wird.

§ 13. Ergänzungsbestimmungen

1. Bei allen Punkten, für die die Satzung keine bindenden Regelungen vorschreibt, gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
2. Bei allen terminlichen Vorschriften gilt im Zweifelsfall das Datum des Poststempels bzw. das Belegdatum des Einschreibens oder sinngemäß eine offizielle Einzahlungsbestätigung. Übertragungen per Telefax und Email kommt fristwahrende Wirkung nur bei entsprechender Anerkennung des Vereins zu.